

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

15.12.1928 (No. 294)

Expedition: Karl-Friedrich-Str. 14, Karlsruhe

Karlsruher Zeitung Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: C. A. Menz

Bezugspreis: Monatlich 3.25 RM. einchl. Zustellgebühr. - Einzelnummer 10 Rp. - Samstag 15 Rp. - Anzeigengebühr 14 Rp. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite.

Die Verhandlungen in Lugano

Die zweite Besprechung zu Dreien fand Freitag nachmittag statt. In zweistündiger Unterhaltung wurden alle zwischen Deutschland und Frankreich stehenden Fragen erörtert.

Die englische und die italienische Delegation veröffentlicht am Freitagabend eine gemeinsam vereinbarte amtliche Mitteilung, in der bekanntgegeben wird, daß beide Regierungen über das zur Durchführung der Genfer Beschlüsse notwendige Vorgehen sich in vollster Übereinstimmung befinden.

Die 53. Ratstagung wird voraussichtlich heute Samstag mittag zu Ende gehen. In der Schlußsitzung werden noch die auf der Tagesordnung befindlichen Minderheitenfragen aus schweizerisch-Österreichischer Sicht beraten.

Reichsminister Dr. Stresemann hatte Freitagabend die in Lugano weilenden deutschen Pressevertreter zu einem Abendessen eingeladen, an dem auch die Mitglieder der deutschen Abordnung und andere deutsche Persönlichkeiten teilnahmen.

Dr. Gehler gegen den Einheitsstaat

Der frühere demokratische Reichswehrminister Dr. Gehler sprach im Übersetzerbuch zu Hamburg über „Die Erneuerung des Reichs vom süddeutschen Standpunkt aus“.

Alle Rundfunkteilnehmer sind kostenlos gegen Haftpflicht versichert

Die Reichsrundfunkgesellschaft hat mit 5 deutschen Versicherungsgesellschaften für sämtliche Besitzer postalisch genehmigter Rundfunkempfangsanlagen des Deutschen Reichs und des Freistaates Danzig eine Haftpflichtversicherung abgeschlossen.

Gründung einer neuen katholisch-elsässischen Partei. Die dem „Echo de Paris“ aus Straßburg gemeldet wird, werden die aus der elsässischen katholischen Volksvereinigung ausgetretenen Parteimitglieder am Montag eine Versammlung abhalten, in der eine neue katholisch-elsässische Partei nationalen Charakters unter dem Vorsitz des Abg. Unterstaatssekretärs Oberkirch gegründet werden soll.

Letzte Nachrichten

Neues Schlichtungsverfahren in der Wertindustrie

WTB. Berlin, 15. Dez. (Tel.) Entsprechend einer Ankündigung des Reichsarbeitsministers in der getriggen Aussprache des Ministerrats über die Wirtschaftslage, unverzüglich Maßnahmen einzuleiten und alsbald durchzuführen, zur Lösung der großen Lohnkonflikte in der Wertindustrie und der schiffischen Textilindustrie, ist bereits gestern der Schiedsrichter im Tarifstreit der wertindustriellen-ostfälischen Textilindustrie vom 27. v. M. im öffentlichen Interesse vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt worden.

Die Krankheit des Königs von England

WTB. London, 15. Dez. (Tel.) Wie verlautet, hat sich heute im Verhältnis des Königs wenig Veränderung gezeigt.

Erhöhung der französischen Beamtengehälter

WTB. Paris, 15. Dez. (Tel.) Die Kammer hat bei der Budgetberatung für die Erhöhung der Beamtengehälter 500 Millionen Franken bewilligt.

Zwischenfall in Buenos Aires

WTB. Buenos Aires, 15. Dez. (Tel.) Bei dem Besuch des künftigen amerikanischen Präsidenten, Hoover, ist es zu einem bedauerlichen Zwischenfall gekommen, bei dem verschiedene Personen verletzt wurden.

Die Lage in Bolivien

WTB. London, 15. Dez. (Tel.) Aus La Paz wird gemeldet: In Bolivien wird itrenge Zensur geübt. Die Reservisten des Jahres 1928 und 1927 sind einberufen worden. In La Paz stellten sich 18 000 Reservisten, von denen 3000 angenommen wurden.

Dr. Stresemann bleibt einige Tage in Lugano. Falls das schöne Wetter weiter anhält, beabsichtigt Reichsminister Dr. Stresemann, nach der Ratstagung noch einige wenige Tage sich in Lugano aufzuhalten.

Zur Regierungsbildung in Preußen. Am Freitagnachmittag hat in Berlin eine Besprechung der Vertreter der Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei, der Abg. Stenbel und Schwarzbaum, mit dem preussischen Ministerpräsidenten Braun stattgefunden.

Bürschießel greift durch. Das vom Berliner Polizeipräsidenten Jergiel erlassene Demonstrationsverbot scheint energisch durchgeführt zu werden. Als Freitagabend in West im Anschluß an eine kommunistische Protestversammlung gegen das Verbot sich ein Demonstrationzug vom Nollen Frontkämpfern bilden wollte, wurde er sofort von der Polizei aufgelöst, die 22 Frontkämpfer festnahm und abtransportierte.

Der neue schweizerische Bundesrat gewählt. Der neu in den schweizerischen Bundesrat gewählte bisherige Nationalrat Pilet Gotz stammt aus Lausanne. Er ist im 39. Lebensjahr, wurde im weisshörsener Kanton Waadt geboren, studierte Jurisprudenz und absolvierte einen Teil seiner Studien auch in Leipzig. Der Gewählte wird das schweizerische Innenministerium übernehmen.

Die „Gazette du Franc“. Bei einer auf Grund der Erklärungen der Frau Danou in ihrer Wohnung in Boulogne-sur-Mer abgehaltenen Hausdurchsuchung wurden Papiere im Werte von einigen 100 000 Franken, nach einer anderen Meldung tatsächlich alle von ihr angegebenen Papiere im Werte von 1 600 000 Franken vorgefunden.

Die Wahlen in Rumänien. Die endgültigen Wahlergebnisse, die einen überwältigenden Sieg der nationalen Bauernpartei, der Partei Maniu, zeigen, sind jetzt bekanntgegeben worden. Von den insgesamt abgegebenen 2 840 000 Stimmen entfielen auf Maniu und seine Anhänger 2 220 000. Für die Liberalen, der früheren Regierungspartei, waren nur 185 000 Stimmen abgegeben worden. Der Regierungsbund erhält somit 439 Sitze, während die Liberalen sich mit 13 begnügen müssen. Auf die Liste Averescu-Jorga und Lupu entfallen je 5 Sitze. Die ungarische Minderheitspartei erhält 15 Sitze in der neuen Kammer.

* Lugano

Wenn jetzt zu lesen ist, daß die Besprechungen zwischen den drei Außenministern in Lugano immerhin dazu geführt hätten, daß der persönliche Kontakt von neuem wieder hergestellt sei, so klingt das an sich recht erfreulich, da ja auch unter Umständen eine Verschlechterung der guten und freundschaftlichen Beziehungen zwischen den drei Männern möglich gewesen wäre.

Wieder und wieder scheint Briand in Lugano versichert zu haben, daß die Erregung in Deutschland teils auf Mißverständnisse, teils auf eine Verkennung der Lage zurückzuführen sei, daß Deutschland auch den französischen und englischen Standpunkt einigermaßen begreifen müsse, und daß eine Lösung der Probleme noch und nach durchaus zu erwarten sei.

Es ist auch für uns ganz selbstverständlich, daß bei den im Gange befindlichen Verhandlungen kaum eine Lösung erhofft werden darf, die unseren Wünschen zu 100 Proz. gerecht wird. Aber, wie ist denn die Situation augenblicklich in Wahrheit? Sie ist doch so, daß Frankreich faktisch jede deutsche Forderung ablehnt. Und das ist es ja auch, was die Enttäuschung und Erregung in Deutschland hervorruft.

Nach wie vor heißt es, daß man erst die Erledigung des Reparationsproblems, das heißt für Frankreich die Kommerzialisierung der deutschen Schuld abwarten müsse, bevor man an die Rheinandräumung herangehe. Zum Reparationsproblem aber werden Forderungen angemeldet und Anschauungen publiziert, die für uns einfach undiskutabel sind.

Gewiß ist Briand bei den Besprechungen in Lugano ein klein wenig von dem bisherigen schroffen Standpunkt abgewichen. Za neuerdings wird betont, man habe auch in den Kreisen der deutschen Delegation den Eindruck gewonnen, daß Frankreich sich bemühen werde, unseren Beschwerden etwas besser Rechnung zu tragen.

Man darf ferner bezweifeln, ob die französische Ansicht, nach welcher von einer Erfüllung der Reparationspflichten Deutschlands als einer Voraussetzung für vorzeitige Rheinandräumung erst dann gesprochen werden könne, wenn die Kommerzialisierung der Reparationsschuld erfolgt sei, ob diese juristische Meinung von der Politik der Alliierten akzeptiert werden wird.

tige Klärung verlangt werden darf. Das Reparationsproblem als solches würde man in Deutschland als endgültig gelöst betrachten, sowie die Sachverständigen vernünftige Beschlüsse gefaßt haben und die beteiligten Regierungen diese Beschlüsse billigen.

In der Anschlußfrage soll Briand Stresemann darauf hingewiesen haben, er könne ja die ganze Angelegenheit vor den Völkerrundrat bringen. Man weiß nicht recht, ob das eine Ausflucht oder Ironie sein soll. Denn, wenn die französische Außenpolitik bei dem von Briand dieser Tage geäußerten Standpunkt beharrt, wonach der Anschluß ein friedensstörender Vorgang sei und infolgedessen mit allen Mitteln verhindert werden müsse, dann hat die ganze Prozedur gewiß keinen Zweck.

Auch in der Angelegenheit der sogenannten „Feststellungs- und Versöhnungskommission“ gehen die Meinungen scharf auseinander. Frankreich hat offensichtlich die Absicht, auf dem Umweg über diese Kommission die militärische Kontrolle über das rheinische Gebiet über das Jahr 1935 hinaus zu verlängern. Das wird von dem deutschen Volk und seiner Regierung einmütig und mit aller Entschiedenheit abgelehnt. Und wenn wir uns überhaupt mit der Errichtung jener Feststellungskommission abfinden sollten, dann nur unter der Voraussetzung, daß uns nicht noch neue, über den Friedensvertrag hinausreichende Verpflichtungen aufgebürdet werden. Der Friedensvertrag ist grade brutal und ungeheuerlich genug. Es ist undenkbar, daß man seine Ungeheuerlichkeiten noch vermehrt.

Anträge im Reichstag

Die Volkspartei für Verfassungsreform

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei beantragt verschiedene Änderungen der Reichsverfassung. Danach soll dem Kabinett bei Beginn seiner Amtsführung und jeder Wahlperiode das Vertrauen durch Mehrheitsbeschluß des Reichstags ausgesprochen werden. Zweidrittelmehrheit wird gefordert, wenn dem Kabinett oder einem Minister das Vertrauen wieder entzogen werden soll. Nur in Verbindung mit der Schlußabstimmung zum Etat solle einfache Mehrheit für das Misstrauensvotum genügen. Ferner soll der Reichstag ohne Zustimmung des Kabinetts und des Reichsrates die Ausgaben des Etats nicht erhöhen können. Wenn die Steuererlöse nach den Ergebnissen eines Vierteljahres den Vorschlag um mehr als 10 Proz. übersteigen, so sollen die Mehreinnahmen bis zu 10 Proz. zur Verminderung des Anleihebedarfs oder zur Schuldentilgung verwendet werden, der Rest zur Steuererhöhung im nächsten Etatsjahre. Diese Grundzüge sollen sinngemäß auch bei den Ländern und Gemeinden durchgeführt werden.

Die Anträge finden vorläufig nur Zustimmung in der „Deutschen Allgem. Ztg.“. Daß um die Anträge heftige Kämpfe entbrennen werden, wird auch in volksparteilichen Kreisen, wie man aus dem Kommentar des Blattes entnehmen kann, vorausgesehen. Das Blatt begrüßt die Anträge freudig als eine Maßnahme, die zur politischen Konsolidierung und zur Erleichterung der Lasten beitragen kann. Die „West. Ztg.“ erklärt es für sehr bedauerlich, daß die Volkspartei, die doch angeblich den Wunsch hegt, eine größere Koalition auf festerer Grundlage abzuschließen, nun so tue, als ob sie Oppositionspartei wäre. Man sei sich doch klar darüber, daß der Antrag u. a. auch eine Einschränkung des Rechts des Reichstages verlangt. Der „Vorkämpfer“ betont: Hier wird ein keineswegs glücklicher Versuch unternommen, die Entwicklung des parlamentarischen Systems und der Finanzwirtschaft in starke Formen zu brechen. Er wird auf abschließbare Zeit ohne Wirkung bleiben.

Die Regierungsparteien haben mit Ausnahme der Deutschen Volkspartei im Reichstag einen Antrag eingebracht, wonach der Reichsarbeitsminister prüfen soll, ob in der Invalidenversicherung eine Erhöhung des Grundbetrags und des Kinderzuschusses sowie weitere Verbesserungen möglich sind. Auch bei der Angestelltenversicherung soll alsbald festgestellt werden, ob der Grundbetrag erhöht, die Altersgrenze herabgesetzt, die Wartezeit verkürzt und die Mitwirkung der Versichererten in den Organen der Selbstverwaltung verstärkt werden kann.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat einen Antrag eingebracht, der die baldige Vorlegung eines Gesetzesentwurfes über das Miet- und Wohnrecht fordert. Das neue Gesetz über Miet- und Wohnrecht und über Wohnungspflege soll für alle Wohnungen, auch für die Neubauten gelten.

In einem Antrag verlangen die Deutschnationalen die Vorlegung einer Novelle zum Einkommen- und Körperschaftsteuergesetz, durch die eine ausgleichende Besteuerung von Gewinn- und Verlustjahren unter Aufrechterhaltung des Grundsatzes gleichmäßiger Besteuerung buchführender und nichtbuchführender Betriebe ermöglicht wird.

Die Wirtschaftspartei hat ein Initiativgesetz gegen das Zugaufbewesen und zur Regelung der Rabattgewährung beantragt. Dadurch soll das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb dahin ergänzt werden, daß die Ankündigung von Zugaben oder sonstigen Vorteilen, die nicht ohne Erhöhung des regulären Verkaufspreises gewährt werden können, verboten wird.

Die Deutsche Volkspartei verlangt eine Einwirkung auf die Reichsbahn, damit die bisherigen Wagen 4. Klasse möglichst bald zur Entlastung des Arbeitsmarktes unter Heranziehung der privaten Waggonindustrie in Wagen der neuen Holzklasse umgebaut werden.

Nationalsozialisten und Christlich-Nationale Bauernpartei haben einen Antrag eingebracht, die Einfuhr gelichteten Weizenmehls nicht nur im allgemeinen volkswirtschaftlichen Interesse, sondern insbesondere auch wegen der damit verbundenen Gefahr für die Volksgesundheit zu verbieten.

Zigaretten unter Preis. In dem Kampf der Zigarettenfabriken gegen den Schleuderhandel mit Zigaretten hat, wie aus Berlin gemeldet wird, das Kartellgericht einen bemerkenswerten Beschluß gefaßt. Bekanntlich hatten sich die Zigarettenfabriken zu einem Trust zusammengeschlossen und es sollten nur diejenigen Händler beliefert werden, die sich auf einer Bezugskarte verpflichteten, nicht unter den von den Fabriken festgesetzten Preisen an Wiederverkäufer oder Verbraucher Waren abzugeben. Die Händler hatten das als Anbelohnung und geschwellige Sperre betrachtet, da sie bei einer Nichtunterzeichnung keine Zigaretten mehr geliefert erhalten sollten. Das Kartellgericht hat nun die Sperre für unzulässig erklärt, also den Standpunkt der klagenben Händler gebilligt.

Aus dem Reichstag

Aufnahmen vor den Feiertagen — Neue Nachfristung

Die Weihnachtsstimmung war am Freitag doch noch nicht allgemein im Reichstage. Die Mehrheit zeigte sich zwar sehr arbeitsfreudig, aber zum Schluß stellte sich heraus, daß die Wirtschaftspartei und die Kommunisten auf der Innehaltung der Fristen zwischen der Verteilung des neuen Nachtragesatzes und seiner Beratung mit Nachdruck bestanden. Infolgedessen konnte der Nachtragesatz erst für eine Sitzung auf die Tagesordnung gesetzt werden, die nicht vor Sonntag früh beginnt. Daran änderte auch der Vorwurf der Rücksichtslosigkeit nichts, den der Abg. Kütz gegen die Wirtschaftspartei erhob. Dr. Bredt erwiderte seine Fraktion habe keine Veranlassung, zum Entgegenkommen, da die anderen bei der Verteilung der Ausschüsse das Recht zumgunsten der Wirtschaftspartei gebrochen hätten.

In der heutigen Sitzung wurde ohne Aussprache das Einkommen über die Sklaverei, der Schiedsgerichtsvertrag mit den Vereinigten Staaten, der Vertrag mit der Tschechoslowakei über die Grenzzone, die Handelsverträge mit China, Panama und der Südafrikanischen Union verabschiedet. — Ohne wesentliche Debatte wurde ferner das Gesetz verabschiedet, das die Erhebung der Grunderwerbsteuer vorläufig aussetzt, ebenso das Gesetz über die Sonderfürsorge für die Saisonarbeiter, für die das Reich 28 Millionen zur Verfügung stellen soll. Die Erhöhung des Zuderzollens von 15 auf 25 M wurde fast einmütig beschlossen, da die Sozialdemokraten im Ausschuß durchgesetzt hatten, daß eine Zollermäßigung eintreten soll, wenn der Zuderzollpreis über 21 M steigt. Das Schankstättengesetz wurde dem volkswirtschaftlichen Ausschuß überwiesen, nachdem man noch einige andere kleine Vorlagen erledigt hatte, war die Tagesordnung erschöpft.

Am heutigen Samstagabend, 10 Uhr, wird der Reichstag die noch vorhandenen Reste aufarbeiten und dann in einer neuen Sitzung unmittelbar nach Mitternacht (also am Sonntag früh 0.01 Uhr) den Nachtragesatz in erster Lesung beraten und dem Haushaltsausschuß überweisen.

Badischer Teil

Badischer Landtag

13. Karlsruhe, 14. Dezember 1928

(Fortsetzung)

Die Nationalisierung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens

Im Auftrag des Innenministers gibt Ministerialdirektor Föhrenbach folgende

Erklärung

Die Verhandlungen über die Nationalisierung der landw. Genossenschaften in Baden werden, da hierfür nur Reichsmittel zur Verfügung stehen, vom Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft unmittelbar geführt. Sie sind aber noch nicht soweit gediehen, um den Länderregierungen eine Stellungnahme zu ermöglichen. Auch der in den Richtlinien des Reichsprogramms erwähnte Länderausschuß konnte bisher nicht in Tätigkeit treten, da gegenseitige verbindende Beschlüsse der Zentralverbände über Zusammenschlüsse noch nicht vorliegen. Die Vereinigung der Winzergenossenschaften ist vorgezogen worden ohne Mitwirkung des Innenministers. Auf dem Gebiete des Molkereiwesens gehen die Verhandlungen noch weiter. Die Landesregierung wird die Einigungsbestrebungen erst dann zu fördern imstande sein, wenn innerhalb der Genossenschaften selbst die erforderlichen Voraussetzungen hierfür herangereift sind.

Der Präsident gibt eine von der Volkspartei eingebrachte Entschließung im Sinne der Schlußfolgerungen des Interpellanten bekannt.

Nach einer lebhaften Geschäftsordnungsdebatte beschließt die Mehrheit, gegen die Stimmen des Zentrums, die Aussprache über die wichtige Materie bis zum Januar zu vertagen. Inzwischen wird sich der Haushaltsausschuß mit dem erwähnten Antrag beschäftigen.

Die Kommunisten sind auch mit der Vertagung ihrer förmlichen Anfrage betr. die Umschuldungskredite für die Landwirtschaft einverstanden.

Große Seiterkeit ruft die Mitteilung der Kommunisten hervor, daß sie ihren Antrag betr. den Bau des Panzerkreuzers A zurückziehen.

Es folgt der Bericht des Abg. Eggler (Ztr.) über den volksparteilichen Antrag betr.

Änderung der Geschäftsordnung für den Landtag

Danach soll folgende Bestimmung aufgenommen werden: „Anträge und Anfragen, die Gebiete betreffen, die nicht zur Zuständigkeit der badischen Landesgesetzgebung oder Verwaltung gehören, sollen nur dann beraten werden, wenn sie die Stellungnahme der badischen Regierung entweder im Reichsrat zu einer Gesetzesvorlage oder zu einem vom Reichstag beschlossenen Gesetz oder in einem zur Beratung von Fragen der Reichsgesetzgebung und Reichsverwaltung eingeleiteten Ausschuß betreffen.“

Der Geschäftsordnungsausschuß empfiehlt, obigem Antrag die Zustimmung zu verlagern.

Abg. Döhrer (D. Vp.) führt zur Begründung seines Antrages aus, daß der Landtag zu lange tage. Der Versuch, Tagungsabschnitte einzuführen, sei bisher mißlungen. Er fürchte, es werde auch dieses Jahr nicht gelingen, besonders jetzt vor den Wahlen. Der Landtag besaße sich vielfach mit Fragen, die über seine Zuständigkeit hinausgingen und auf die er keinen Einfluß habe. Das Parlament müsse sich Selbstbeschränkung auferlegen, und dazu soll die vorgeschlagene Bestimmung die praktische Handhabung bieten.

Abg. Dr. Schofer (Ztr.) betont, auch seine Fraktion sei der Auffassung, daß man die Verhandlungen tunlichst beschleunigen und zu kurzen Tagungen kommen müsse. Wir müssen aber auf der anderen Seite dafür sorgen, noch einigermaßen Herr im Hause zu sein, wir wollen uns nicht politisch ums Leben bringen. Das Volk habe ein lebhaftes Interesse an vielen Dingen, die in Berlin entschieden werden. Der erstrebte Zentralismus würde zur Verstärkung der Kultur draußen im Lande führen. Wir lehnen den Antrag ab, weil er in der Tendenz liegt: Weg mit den Länderparlamenten, weg mit den Länderregierungen.

Abg. D. Wähler-Karlsruhe (Dnt.) ist gleichfalls für Selbstbeschränkung und kürzere Tagungen, bezweifelt aber eine praktische Auswirkung des volksparteilichen Antrages. Die Abg. Kütz (Ztr.) und Dr. Wähler (Dem.) lehnen den Antrag ab, aber nicht aus den Gründen des Abg. Dr. Schofer, sondern aus sachlich-praktischen Erwägungen. Abg. Dr. Wattes (D. Vp.) wendet sich gegen die Haltung des Zentrums.

Abg. Pechleiter (Komm.) ist gegen den Antrag, weil er Debatte über die Reichspolitik nicht ausgeschlossen wissen will.

Nach einem kurzen Schlußwort des Abg. Dr. Döhrer (D. Vp.) als Antragsteller, wird der Antrag abgelehnt.

Es folgt die Verabschiedung einer Reihe von Gesetzen.

Abg. Großhans (Ztr.) berichtet über die Eingabe des Distriktsrats Zollauschusses des Badischen Beamtenbundes (Kestten) wegen Einreihung der 7 badischen Zollauschlußgemeinden in die Klasse der besonders teuren Orte und um Gewährung einer Beamtengrenzsonderzulage als nationalen Repräsentationszuschuß.

Dem Ausschuh Antrag auf Überweisung zur Kenntnisnahme in dem Sinne, daß die Regierung prüft, ob etwa weitere Schritte in der Angelegenheit unternommen werden können, wird einmütig zugestimmt.

Ferner macht sich das Haus, nach jeweiligen Berichten des Abg. Seubert (Ztr.), ohne Debatte auch folgende Ausschuhbeschlüsse zu eigen:

1. der Regierung wird empfehlend überwiesen: das Gesuch des Oberbürgermeisters von Heidelberg um Verlegung der Oberrheinbahn beim Bahnhof Heidelberg-Karlsruhe;
2. zur Kenntnisnahme überwiesen: a) das Gesuch des Reichsbundes akadem. gebildeter Landwirte um Verwendung akademisch gebildeter Landwirte bei der Domänenverwaltung, b) das Gesuch des bad. Sekretär- und Assistentenverbandes um Einreihung der Assistenten und Rangassistenten in der Befoldungsordnung, c) des Reichsbundes der Zivildienstberechtigten in gleichem Betreff, d) des Verbandes der Polizeibeamten Badens, Einreihung der Polizeibeamten in der Befoldungsordnung, e) des Kreisrats des Kreises Karlsruhe als Vertreter der Kreise, Beteiligung der Kreise an der Kraftfahrsteuer;
3. durch Übergang zur Tagesordnung für erledigt erklärt: das Gesuch des Reichsbundes der Zivildienstberechtigten, Landesverband Baden, Beteiligung der Paragraphen 47-49 des Befoldungsgesetzes vom 24. Februar 1928 betr.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Eingegangen ist noch eine kurze Anfrage des Abg. Dr. Heinzmann (Ztr.) betr. die Notlage des Tabakbaues.

Präsident Dr. Baumgartner stellt fest, daß dieser Tagungsabschnitt strikte eingehalten wurde und er hoffe, daß das auch beim nächsten (15. Januar bis 15. März) gelingen werde. Vor dem 15. Januar sollen auch keine Ausschuh-sitzungen stattfinden.

Der Präsident bittet und erhält die Ermächtigung, den Termin der nächsten Plenarsitzung zu bestimmen. Er entläßt die Abgeordneten, indem er ihnen gute Erholung und frohe Feiertage wünscht. — Schluß der Sitzung 1/1 Uhr.

Straßenverkehr und Straßenbahn

B.A. Bisher bestanden vielfach Zweifel darüber, ob der Straßenbahn im allgemeinen Verkehr ein unbedingtes „Vorfahrtsrecht“ zustehe, d. h., ob die Straßenbahnwagen an Straßenkreuzungen und -einmündungen auf den übrigen Verkehr keine Rücksicht zu nehmen brauchen, also ihre Fahrt selbstbestimmend fortsetzen und von den ihnen Bahn freisetzenden Fahrzeugen verlangen können, daß sie ihr Verhalten so einrichten, daß ein Zusammenstoß mit der Straßenbahn eine Behinderung ihrer Fahrt vermieden wird. Die Sicherheit des Verkehrs verlangt, daß diese Ungewissheit aus der Welt geschafft wird. Das Ministerium des Innern hat sich nun in Abereinstimmung mit dem Reichsverkehrsministerium dahin ausgesprochen, daß von Rechts wegen kein unbedingtes Vorfahrtsrecht der Straßenbahn besteht; die Straßenbahnwagen sind vielmehr an die allgemeinen Verkehrsregeln gebunden, die in der Hauptsache dahin gehen, daß bei Straßenkreuzungen und -einmündungen das auf einer Hauptverkehrsstraße sich bewegende Fahrzeug gegenüber dem aus einer Seitenstraße kommenden Fahrzeug, im übrigen aber (d. h. bei gleichwertigen Straßen) das von rechts kommende Fahrzeug die Vorfahrt hat.

Welche Straßen als Hauptverkehrsstraßen anzusehen sind, bestimmt sich nach den Verkehrsverhältnissen. Um aber die aus der Vereinigung des Vorfahrtsrechts der Straßenbahn möglicherweise sich ergebenden Gefahrenquellen tunlichst einzuschränken, ist weiter bestimmt worden, daß in allen Fällen als Hauptverkehrsstraße auch diejenigen Straßen gelten, in denen Schienengleise für Straßenbahnen verlegt sind. Im praktischen Ergebnis ist die Regelung für die Straßenbahn also folgende: Soweit in ihre Fahrbahn Straßen einmünden oder sie kreuzen, die nicht Hauptverkehrsstraßen sind, hat die Straßenbahn das Vorfahrtsrecht; in allen übrigen Fällen gilt die Regel, daß das von rechts kommende Fahrzeug die Vorfahrt hat. Beispielsweise muß also der Straßenbahnwagenführer, wenn seine Fahrstraße von einer anderen Hauptverkehrsstraße (mit oder ohne Straßenbahngleise) gekreuzt wird, einem von rechts kommenden Kraftfahrzeug die Vorfahrt lassen.

Daß die Straßenbahn auch im übrigen nach der straßenpolizeilichen Verkehrsregelung und namentlich den Zeichen der Verkehrszeichen oder entsprechenden Leuchtzeichen sich zu richten hat, kann nicht zweifelhaft sein. Zur Sicherheit und glatten Abwicklung des Verkehrs würde es überdies sehr wesentlich beitragen, wenn die Straßenbahnverwaltungen möglichst bald dazu übergingen, die Straßenbahnwagen auch mit Richtungsanzeigern zu versehen, die den übrigen — namentlich den ortsfremden — Straßenbenutzern zu erkennen geben, wenn ein Straßenbahnwagen von der bisherigen Fahrtrichtung abzuweichen oder innerhalb einer Straße die Spitze wecheln beabsichtigt.

Folioformat ist abgeschafft

In der Öffentlichkeit besteht noch vielfach die Auffassung, daß Schreiben und Eingaben an Behörden auf Folioformat abzufassen seien; dies trifft jedoch nicht zu, da seit längerer Zeit die behördlichen Registraturen auf das DIN-Format A 4 (210 x 297 Millimeter) umgestellt worden sind. Der Reichsstaatskommissar rief kürzlich erneut darauf hin, daß Schreiben an Behörden auf anderen Formaten als dem DIN-Format unerwünscht sind, da sie die Vereinheitlichung der behördlichen Registraturen erschweren.

Wichtige Lohnsteuerbestimmungen

Das Reichsfinanzministerium hat für die Abführung der Lohnsteuer wichtige Bestimmungen erlassen, die für die Arbeitnehmer und Arbeitgeber beachtenswert sind. Danach müssen Arbeitgeber, die im Kalenderjahre 1928 die Lohnsteuer ihrer Arbeitnehmer in bar oder durch Überweisung abgeführt haben, für jeden am 31. Dezember 1928 in ihrem Dienst stehenden Arbeitnehmer dem Finanzamt die Steuerkarte für 1928 übersenden. Dazu gehört eine Bescheinigung über Lohnhöhe und Steuerbetrag nach vorgeschriebenem Muster. Die Übermittlung muß bis zum 15. Januar 1929 an das Finanzamt erfolgen, in dessen Bezirk der Arbeitnehmer am 10. Oktober 1928 seinen Wohnsitz gehabt hat. Diesen Arbeitnehmern dürfen also die Steuerarten am Jahresabschluss nicht ausgehändigt werden. Für die übrigen im Jahre 1928 bei ihnen beschäftigt gewesen, aber vor dem 31. Dezember 1928 ausgeschiedenen Arbeitnehmer, müssen die Arbeitgeber bis zum gleichen Zeitpunkt den Finanzämtern, in deren Bezirk die Steuerkarte 1928 ausgeschrieben worden ist, Überweisungsblätter übersenden. Die entsprechenden Vorbrudr werden von den Finanzämtern unentgeltlich geliefert. Die Arbeitnehmer, für die im Kalenderjahre 1928 Steuermarken verwendet worden sind, müssen die in ihrem Besitz befindlichen Steuerkarten für 1928 mit den mit Marken besetzten Einlagebogen bis zum 15. Januar 1929 bei dem Finanzamt abliefern, in dessen Bezirk sie am 10. Oktober 1928 gewohnt haben.

Der Heidelberger Flaggentritt beilegt

Wie wir zu dem Flaggentritt in Heidelberg, der anlässlich des studentischen Fackelzuges für Vorkämpfer Schurman entstanden war, erfahren, ist es den zuständigen Stellen gelungen, die Schwierigkeiten zu beseitigen. Ein deutscher Student wird die deutsche Reichsfahne, ein amerikanischer Student die amerikanische Fahne im Fackelzug tragen.

Gemeinderundschan

Der Stadtrat Karlsruhe beschloß, dem Fürsorgeamt den Betrag von 14.000 M zur Verteilung an hilfsbedürftige Personen für Weihnachten zur Verfügung zu stellen. Ferner wurde beschlossen, bei der Geburt des 7. und jedes weiteren Kindes den Eltern eine Beihilfe von 50 M aus der Stadtkasse zu gewähren.

Weihnachtsbeihilfe für Erwerbslose. Nach einem Beschluß des Stadtrates Heidelberg gelangt nachstehende Weihnachtsbeihilfe für Erwerbslose zur Verteilung: Arbeitslosenunterstützungsempfänger, ledige 12 M, verheiratete 15 M, für jedes im Haushalt befindliche Kind 3 M. Die Gesamtsumme dürfte 50.000 M betragen.

75 Jahre Gaswerk Pforzheim. Vor 75 Jahren, am 12. Dezember 1853, brannte in Pforzheim erstmals Gas, das im Gaswerk von August Bendiser aus Holz nach dem Pettenferischen Verfahren erzeugt wurde. Schon im Jahre 1857 ging das Werk zur Gasgewinnung aus Steinkohlen über. 1899 wurde eine Koksanlage erstellt. Seitdem wird ein Mischgas aus Kohle und Koks hergestellt.

Bürgermeisterwahl. In Ebersweier wurde der seitherige Bürgermeister Peiß einstimmig wiedergewählt.

Der Bürgerausschuß Gernsbach genehmigte den Voranschlag einstimmig. Für Krankenhausweiterung sind 250.000 Reichsmark vorgesehen, und für Verbesserung der Wasserversorgung rund 60.000 M. Diese Vorlagen wurden einstimmig genehmigt.

Aus der Landeshauptstadt

Abam Leonhardt 7. Turninspektor Abam Leonhardt ist im Alter von 71 Jahren gestorben. Noch am Donnerstag war er als Leiter einer Frauenturnabteilung tätig. Leonhardt war einer der bekanntesten und bedeutendsten Turnpädagogen Badens. Er bildete als Lehrer an der Landesturnanstalt und an den Seminaren I und II, sowie am Lehrerinnenseminar viele Lehrer und Lehrerinnen im Turnen aus. Am 1. Dez. 1922 trat er in den Ruhestand.

Weihnachtsbaum auf dem Balkon des Rathauses. Während der Weihnachtszeit des vergangenen Jahres hatte die Stadtverwaltung, dem Brauche anderer Städte folgend, einen großen, elektrisch beleuchteten Christbaum in der Loggia des Rathauses gegen den Marktplatz aufgestellt. Da diese Einrichtung Anklang gefunden hat, soll sie auch zur diesjährigen Weihnachtszeit wieder getroffen werden.

Weihnachtsspenden. Wie wir hören, hat die Sinner A. G. in Karlsruhe-Grünwinkel anlässlich des bevorstehenden Weihnachtstages einen Betrag von 5000 M gestiftet, der in Form von barem Geld und Lebensmitteln an verschiedene gemeinnützige Vereine und Wohlfahrtsanstalten zur Verteilung gelangt.

Die Weihnachtsfeier der Blindenvereinigung von Karlsruhe und Umgebung findet am 19. Dezember, abends 7 Uhr, im Saale des katholischen Gesellenhauses, Sophienstraße 58, statt, wozu Freunde und Gönner herzlich eingeladen sind. Freundschaftliche Gaben mögen bei Herrn W. Boos, Viktoriastraße 6 I, abgegeben werden.

Gründung einer Karnevals-Gesellschaft. Den Bemühungen des Karlsruher Verkehrsvereins ist es gelungen, die frühere große Karnevals-Gesellschaft wieder ins Leben zu rufen. Die Gesellschaft wird sich zunächst damit begnügen, zwei große Damen- und Fremdenfeste und einen Bürgerball am Faschabendstag zu veranstalten.

Zweite süddeutsche Gastwirtemesse. Wie aus früheren Mitteilungen schon bekannt geworden ist, findet vom 27. April bis 7. Mai n. J. in der Stadt, Ausstellungshalle zu Karlsruhe die zweite Süddeutsche Gastwirtemesse statt. In diesem Jahre war die Messe in Darmstadt mit großem Erfolg abgehalten worden. Veranstalter sind die Gastwirteorganisationen von Baden, Württemberg, Bayern und Hessen, die sich zusammengeschlossen haben, um einmal kleine Ausstellungen auszusuchen und zum anderen, um eine gewisse Zentralisation zu schaffen. Im kommenden Jahre liegt die Organisation in Händen des Badischen Gastwirteverbandes. Die Anmeldungen zu der Messe sind jetzt schon sehr stark. Angegebene Firmen aus Handel und Industrie haben ihre Beteiligung zugesagt, so daß der Veranstaltung ein Erfolg heute schon auch in volkswirtschaftlicher Hinsicht vorausgesetzt werden kann. Mit der Ausstellung wird eine Kochkunstschau verbunden sein.

Badisches Landestheater. Am Montag, den 17. Dezember, wird in der Reihe unserer Volkstheaterkonzerte die IX. Sinfonie von Bruckner aufgeführt werden; als Solistin wird Elise Blum mit. Mit besonderer Betonung soll auf die gleichfalls zum Vortrag gelangende „Friedensmesse“ des einheimischen Komponisten Franz Philipp hingewiesen sein. Bei den Aufführungen in Mannheim und München erlebte dieses Werk einen außerordentlich starken Beifall. Die Leitung des Konzerts hat Generalmusikdirektor Josef Krups.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte Karlsruhe. Bei der Aufhebung in der letzten Nacht verschärfte sich der Druck. Die heute früh nur in Nordbaden vorkommenden Schneefälle erfolgten unter dem Einfluß der westlichen Druckstörung über Nordwestdeutschland. Nach dem starken Druckanstieg zu urteilen füllen sich die Störungen auf, wodurch die ozeanische Störung wirkungslos wird. **Wetterausichten:** Nachlassen der Schneefälle, wieder nach Osten drehende Winde und weiterhin Verschärfung des Frostes.

Kurze Nachrichten aus Baden

Dr. Mannheim, 15. Dez. Im Alter von 48 Jahren ist gestern Amtsgerichtsrat Dr. Franz Kehler gestorben. Dr. Kehler ist als Sohn eines Badeners in Metz geboren, von wo er vor 10 Jahren vor den Franzosen flüchtete. Seine juristischen Kräfte legte er im Elsaß ab, wo er auch bis 1918 an verschiedenen Orten als Richter wirkte.

Dr. Freiburg i. Br., 13. Dez. Der langjährige Präsident des Freiburger Landgerichts, Landgerichtspräsident a. D. Dr. Gint, kann heute seinen 70. Geburtstag feiern. Er wurde 1858 in Achern als Sohn eines Rechtsanwalts geboren, studierte in Freiburg, Heidelberg und Leipzig und schlug die richterliche Laufbahn ein, die ihn 1897 an das Landgericht Offenburg und 1904 als Kollegialmitglied an das Oberlandesgericht Karlsruhe führte. Seit 1912 antizipierte der Jubilar in Freiburg, wo er nach 12jähriger Tätigkeit 1924 kraft Gesetzes in den Ruhestand versetzt wurde. Er ist Ehren doktor der Universität Freiburg.

Dr. Ludwigshafen a. Rh., 13. Dez. Wie berichtet, begann in Frankfurt die Berufungsverhandlung der im Wagner-Prozess anfangs des Jahres verurteilten Mitangeklagten Kaufmann Hans Stallmann aus Halle a. S., Diplomingenieur Max Frühaufer, in-Röffen, Geschäftsführer Sechsenberg aus Berlin und Bauführer Bieberich, Ludwigshafen. Als Nebenkläger der J. G. Farbenindustrie und des Vereins gegen das Versteckungswesen fungiert RA Justizrat Dr. Fuld, Mainz. In der Berufungsverhandlung sind 28 Zeugen geladen. Die Verhandlung wird sich bis Ende nächster Woche hinziehen.

Dr. Landstuhl, 14. Dez. In Erinnerung an die zehnjährige Befreiung der Pfalz wird die Aufmerksamkeit wiederum auf die großen Schäden gelenkt, die von den Franzosen während des Rhein-Kampfes den prächtigen Pfälzer Baudenkmälern zugefügt wurden. Im Raubbaubetrieb wurden damals über 1,1 Millionen Festmeter Derbholz geschlagen. Der angerichtete Schaden im Staatswald der Pfalz allein betrug 32 Millionen Goldmark. Hauptsächlich wurden alte, schöne Eichen- und Kiefernbestände heimgeführt.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	15. Dez.		14. Dez.	
	Gold	Devisen	Gold	Devisen
Amsterdam 100 G.	168.31	168.65	168.31	168.65
Kopenhagen 100 Kr.	111.88	112.10	111.87	112.09
Paris 100 F.	21.945	21.985	21.95	21.99
London 1 Pf.	20.334	20.374	20.333	20.373
New York 1 D.	4.1910	4.1990	4.1915	4.1995
Schwiz 100 Fr.	16.37	16.41	16.375	16.415
Schwiz 100 Fr.	80.72	80.88	80.72	80.88
Wien 100 Schilling	59.015	59.135	59.000	59.12
Prag 100 Kr.	12.419	12.439	12.422	12.442

Die neue Verbindungsordnung. Die Vollversammlung der Handwerkskammer für den Kreis Mannheim beschäftigt sich mit dem Vergebungsweisen und den Entwurf einer Verbindungsordnung sowie der Reichsverbindungsordnung für Bauleistungen. Es wurde betont, daß der Entwurf einer Verbindungsordnung im großen ganzen als tragbar bezeichnet werden könne. Der Wert der Reichsverbindungsordnung liege vor allem darin, für ganz Deutschland eine gleiche und einheitliche Ausschreibung, Vergabung und Durchführung von Bauarbeiten zu schaffen. Die Reichsverbindungsordnung sei in Mannheim eingeführt bei den dem Reichsfinanzministerium unterstehenden Ämtern, bei der Reichspost, bei der Reichsbahn und bei dem Badischen Finanzministerium unterstehenden Stellen. Umso bedauerlicher sei es, daß die Stadtgemeinde Mannheim bzw. die städtischen Ämter sich bisher nicht entschließen konnten, die Reichsverbindungsordnung ohne wesentliche Änderungen zu übernehmen.

Gothaer

Versicherungsbank

Versicherungen aller Art.



Gothaer Feuerversicherungsbank auf Gegenseitigkeit
Gothaer Lebensversicherungsbank auf Gegenseitigkeit
Gothaer Transportversicherungsbank Aktien-Gesellschaft
Gothaer Allgemeine Versicherungsbank Aktien-Gesellschaft

Waldstr. 16/18 **Colosseum** Telephone 5599

Heute, Samstag abend 8 Uhr: Ehrenabend.
 Morgen, Sonntag, die beiden letzten Vorstellungen.
 nachmittags 4 Uhr:
Fremdenvorstellung
 abends 8 Uhr:
ABSCHIEDS-Vorstellung
der Röder - Revue Dies und Das
 mit Jackmann dem beliebten Komiker!
 Ab Montag, den 17., täglich 8 Uhr, das neue Weihnachts-Programm
Spadoni Sisters Show
 mit ihren Black Bottom tanzenden 5 Wunderperlen und das
Circus-Varieté-Programm
Aus alter Zeit! — In's Tempo von heute!
 30 internationale Artisten von Welt!

O. 204. Mosbach. Über das Vermögen des Gärtners Albert Zahn in Aglasterhausen wurde heute nachmittags 6 Uhr Konkurs eröffnet. Konkursverwalter ist: Kaufmann Heinrich Krämer in Mosbach. Konkursforderungen sind bis zum 4. Januar 1929 beim Gerichte anzumelden. Termin zur Wahl eines Verwalters, eines Gläubigerausschusses, zur Entschliebung über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen ist am Freitag, den 11. Januar 1929, vormittags 11 Uhr, vor dem Amtsgericht Mosbach, II. Stock, Zimmer Nr. 42 (Sitzungsaal). Wer Gegenstände der Konkursmasse besitzt oder zur Masse etwas schuldet, darf nichts mehr an den Gemeinschuldner leisten. Der Besitz der Sache und ein Anspruch auf abgegebene. Verreibung daraus ist dem Konkursverwalter bis 4. Januar 1929 anzugeben. Mosbach, den 13. Dezember 1928. **Bad. Amtsgericht.**

Bauarbeiten - Vergabung
 Die für den Neubau des Postamtsgebäudes in Adelsheim erforderlichen Bauarbeiten, Holz- und Steinholzfuhböden, Fußböden- u. Wandbelagungen mit Fliesen, Glas-, Schreiner-, Schlosser-, Maler- u. Tapezierarbeiten sowie sanitäre Anlagen sind zu vergeben. Die Unterlagen liegen ab 17. Dezember 1928 bei dem unterzeichneten Bauamt u. außerdem am 19. Dezember 1928 von 9 bis 16 Uhr im Rathaus Adelsheim auf. Die Angebote sind verschlossen mit entsprechender Aufschrift und portofrei bis Samstag, den 29. Dezember 1928, vormittags 10 Uhr, hier einzureichen, zu welcher Zeit die Eröffnung der Angebote erfolgt. O. 203. Wertheim, 14. Dez. 1928. **Bezirks-Bauamt.**

Badisches Landestheater
 Sonntag, 16. Dezember
 Nachmittags
 5. Vorstellung der Sondermiete für auswärtige
Kasperle auf Weihnachtsurlaub
 Lustiges Weihnachtsstück von Ulrich von der Trend
 Regie: v. d. Trend
 Mitwirkende:
 Vertram, Ermath, Genter, Quaiser, Ziegler, Portfeldt, Brand, Gemmede, Graf, Herz, Höder, Nuff, Moeb, Rehner, Müller, Brüter, Schneider, Schulze
 Anfang 15 Ende 17
 I. Rang u. I. Sperrplatz 3 M

Abends
 *K. 11. Th.-Gem. 201-300
Rosa Lisa
 Oper von Schillings
 Dirigent: Krups
 Regie: Dr. Bucherpfennig
 Mitwirkende:
 Blant, v. Hartung, Scheidhader, Seiberlich, Vorobin, Frey, Kochendörfer, Kaufkötter, Löser, Nühr, Theo Straud
 Anfang 19 1/2 Ende 21 1/2
 Preise D (1-8 M)
 Montag, 17. Dezember
 Volksbühne 15
Der Schwarzküchler
 Lustspiel von Götz
 Regie: v. d. Trend

Mittwochs-
 Genter, Quaiser, Schreiner, Gemmede, Herz, Dierl, Just, Müller, Schneider.
 Anfang 19 1/2 Ende n. 21
 Preise A (Der IV. Rang ist für den allgemeinen Verkauf freigehalten.)

Im Stadt. Konzerthaus.
 Sonntag, 16. Dezember
 Zum erstenmal
Der Fußballkönig
 Lustspiel von Reimann und Schwarz
 Regie: Herz
 Mitwirkende:
 Ermath, Genter, Quaiser, Ziegler, Gemmede, Höder, Moeb, Müller, Schulze.
 Anfang 19 1/2 Ende geg. 22
 I. Parterre 4, 10 M



Lebensbedürfnisverein

An die geehrten Mitglieder! Am Sonntag 16. und 23. Dez. sind alle Warenabgabestellen von 1 Uhr bis 6 Uhr sowie das Schuhgeschäft von 11 bis 6 Uhr abends geöffnet

Der Vorstand

211



Badisches Landestheater

Montag, 17. Dezember
In der Städtischen Festhalle
3. Volkssinfoniekonzert

Leitung: Generalmusikdirektor Josef Krips.
Bruckner: IX. Sinfonie — Philipp: Friedensmesse
Solistin: Else Blank. Chöre: Bachverein, Sing- und Hilfschor des Badischen Landestheaters und Chor des Badischen Konservatoriums.

Anfang 20 Uhr Saal I. Abteilung 3 RM. Ende 22 Uhr



Lebensbedürfnisverein

Unsere

Konditorei und Großbäckerei

maschinell und hygienisch erstklassig ausgestattet, wird Sie

für die Feiertage

mit

Backwaren
Süß. Kleingebäck
Törtchen
und Stollen

versorgen. Wir empfehlen vorzugsweise in bester Qualität

fst. Hefenkranz zu 0,90, 1,80 u. 2,50 RM.
fst. Gugelhopf „ 0,90, 1,80 u. 2,50 „
la. Streuselkuchen zu 1,00 u. 1,50 „
mürbe Brezeln zu 0,60, 1,00 u. 2,00 „
fst. mürb. Kuch. zu 0,60, 1,00 u. 2,00 „
Früchtebrot zu 0,20, 0,40 RM. u. höh.
Herzlebkuchen, Basler Lebkuchen, Christstollen nach Dresdener Art, feinst. Buttergebäck, EG, Keks, Anisbrötchen, Vanillebrötchen, Pfeffernüsse, Kokosmakronen, Springerie, Makronenschnitten, Käse- und Teekuchen, diverse Törtchen.

Unsere hochfeinen

Vanilletorten,
Haselnußtorten,
Mokkatorten,
Schokoladentorten
Punschorten,
Meringentorten,

verziert und mit Aufschrift versehen erfreuen sich wegen ihrer Güte allgemein **größter Beliebtheit.**

Wegen der Arbeitsanhäufung in den letzten Tagen vor dem Fest bitten wir frühzeitige Aufgabe Ihrer Bestellung. Am Samstag, den 22. Dezember, werden Bestellungen nur bis 12 Uhr mittags angenommen

ABGABE NUR AN MITGLIEDER

Restaurant zum

Elefanten

Kaiserstraße 42

Neu hergerichtet

Gut bürgerliche Küche
Moninger Bier, hell und dunkel
Weine, Liköre, Kaffee

Eröffnung:

Samstag, 15. Dez.,
nachmittags 5 Uhr.

212

Der Teekenner verlangt den beliebten

Schaller Tee

in Originalpackungen.

167

Gemeinsparasse Grünwettersbad

Bilanz per 31. Dezember 1927

Activa	RM	Passiva	RM
1. Darlehen gegen Hypothek	100 271,—	1. Spareinlagen	101 315,79
2. Gemeindepfandbriefe	4.000,—	2. Giroeinlagen	8 637,73
3. Betriebskapital bei der Girozentrale	2.000,—	3. Aufwertung	107 426,34
4. Schuldscheindarlehen gegen Bürgschaft	52 173,13	4. Anleihenkapitalien	86 736,20
5. Guthaben bei Postsparkassamt und Girozentrale	210,54	5. Ausgabenrückstände	9 383,59
6. Aufwertung	96 160,72	6. Rücklagen	3 367,50
7. Einzahlungsrückstände	3 219,65		
8. Kassenvorrat	7 311,34		
9. Mobilien	1,—		
10. Verluſtvortrag für 1928	1 420,07		
	266 767,45		266 767,45

Gewinn- und Verlustrechnung

Coll	RM	Gaben	RM
1. Zinsen für Einlagen	5 153,33	1. Zinsen von Aktivkapitalien	11 229,22
2. Zinsen und Kosten für andere Schulden	2 406,85	2. Gebühren und sonstige Einnahmen	695,71
3. Verwaltungskosten	978,45	3. Verlust im laufenden Rechnungsjahr	1 420,07
4. Sonstiger Verwaltungsaufwand	1 115,67		
5. Sonstige Ausgaben	3 690,70		
	13 345,00		13 345,00

Berechnung der Rücklage:

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:	
8% aus 217 279 86 RM Einlagen	= 17 382 32 RM
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1927	1 947 73 „
0. 202	Somit weniger 15 434 59 RM

TORPEDO

DEUTSCHE KLEIN SCHREIBMASCHINE



TORPEDO-FAHRER U. SCHREIBMASCHINEN
WEILWERKE A.G. FRANKFURT A. MAIN-RODELHEIM
Auf Wunsch kleine Anzahlung, bequeme Teilzahlung.
Günstige Teilzahlungs-Bedingungen!
Unverbindliche Vorführung durch den Hauptvertreter
Otto Lampson * Karlsruhe
Büromaschinen — Büroeinrichtungen
48 Telephone 508 Friedrichsplatz 10

Staatstechnikum

Badische Höhere Techn. Lehranstalt
Karlsruhe, Moltkestraße 9.

Anmeldungen zum Besuch der Anstalt im bevorstehenden Sommer-Studienhalbjahr sind spätestens bis zum **15. Januar 1929** an die Direktion schriftlich zu richten.

Aufnahme und Nachprüfungen finden am 2., 3. und 4. April 1929 statt.
Die Einweisung der Studierenden ist am **Freitag, den 5. April 1929, 10 Uhr.**
Der Unterricht wird **Freitag, den 5. April 1929, 15 Uhr** eröffnet.

Alles Nähere ist aus dem Programm ersichtlich, das gegen Voreinsendung einer Gebühr von 50 Pf. zugänglich Porto erhältlich ist.

Karlsruhe, im Dezember 1928.
Die Direktion.

Unsere Geschäftsräume befinden sich ab heute

im Hause
der Rheinischen Creditbank

Eingang Ritterstraße 3, III. Stock

Dr. Ludwig Haas, Dr. Raphael Strauß,
Dr. H. Keßler, Dr. Fritz Oppenheimer

Rechtsanwälte. 206

Nehmen Sie

bitte bei allen Einkäufen und Bestellungen Bezug auf die Anzeigen in der „Karlsruher Zeitung“

Am silbernen Sonntag ist es ratsam, auch wenn Sie keine Möbel gebrauchen, die **Weihnachtsmöbelmärkte** der Firma Brüder C. & F. Landes, Möbel-G. m. b. H. zu besuchen. Nächste Verkaufsstellen: Karlsruhe, Möbel-Palais Rondellplatz. Pforzheim, Westl. Karl-Friedrich-Strasse 47. Die Weihnachtsmöbelmärkte sind geöffnet von 11 bis 18 Uhr und sind ein Weihnachtsereignis.

Druck v. Frau, Karlsruhe